

Niederschrift

über die 26. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung - am 03.05.2011 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Fritz Lindner

Herr Dr. Günter Stirnal

Herr Michael Baumecker

Herr Erich Ertl

Herr Helmut Barthel

Vertretung für Frau Christin Menzel

Sachkundige Einwohner

Frau Ute Krüger

Herr Hartmut Rex

Herr Thomas Thiel

Frau Alice Löning

Verwaltung

Herr Detlef Gärtner, Beigeordneter und Dezernent

Herr Ralf Neumann, Kreisentwicklungsamt, Amtsleiter

Frau Michaela Teubner, Kreisentwicklungsamt, Schriftführerin

Herr Klaus-Peter Heine, Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde, stellv. Amtsleiter

Herr Heiko Koppehele, Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde, Prüfgruppenleiter

Frau Rita Mohr de Pérez, Untere Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde,

Sachgebietsleiterin Denkmalschutz

Herr Andreas Weiher, Bauamt, Amtsleiter

Gäste

Herr Patrick Strogies, Fluglärmschutzbeauftragter

Herr Peter Siemund, DEGES

Herr Jörg Niendorf

Es fehlten:

Ausschussvorsitzender

Herr Bernd Habermann

entschuldigt

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Christin Menzel

Herr Klaus Hubrig

Herr Günter Henkel

Herr Dr. Ralf von der Bank

entschuldigt

entschuldigt

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:27 Uhr

- - - - -

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Begrüßung und Mitteilungen des Vorsitzenden
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 05.04.2011
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 4 Anfragen der Abgeordneten
- 5 Sachstand zum Ausbau der B 101n (DEGES)
- 6 30-Punkte-Plan des Landkreises Teltow-Fläming
- 7 Gebäude im Landkreis Teltow-Fläming, von denen eine Gefahr ausgeht
- 8 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

- 9 Denkmalpflegepreis TF 2011

4-0926/11-IV

Öffentlicher Teil**TOP 1****Begrüßung und Mitteilungen des Vorsitzenden**

Herr **Lindner** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 26. Sitzung. Er übernimmt die Leitung der heutigen Sitzung, da Herr Habermann erkrankt ist.

Herr Lindner stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht verschickt worden ist. Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

TOP 2**Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 05.04.2011**

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor. Sie gilt damit als genehmigt.

TOP 3

Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

TOP 4

Anfragen der Abgeordneten

Herr **Baumecker** gibt bekannt, dass mit dem Ausscheiden des Abgeordneten Holger Vogt eine Umbesetzung innerhalb der Fraktion stattfand. Für ihn ist dies die letzte Sitzung in diesem Ausschuss. Er stellt seinen Nachfolger, Herrn **Jörg Niendorf** vor.

Herr **Lindner** heißt Herrn Niendorf in diesem Ausschuss herzlich willkommen.

- Radweg (B 246) Löwendorf – Schönhagen

Herr **Baumecker** erkundigt sich nach den Verzögerungen beim Bau des Radweges zwischen Löwendorf und Schönhagen. Den Bürgern fehlt momentan jegliches Verständnis, da es sich hier um eine stark befahrene Bundesstraße handelt. Insbesondere ergeben sich Probleme im Bereich der Fahrbahneinengung vor dem Friedhof in Schönhagen.

Herr **Gärtner** berichtet, dass er zu dieser Thematik mit dem Bürgermeister Herrn Berger bereits im Gespräch ist. In der Presse gab es eine Veröffentlichung, dass mit dem Bau erst im Jahr 2013 begonnen werden soll. Aus heutiger Sicht ist das nicht mehr ganz richtig.

Der Landkreis Teltow-Fläming unterstützt den LS als Bauherrn bei diesem Vorhaben. Auf Grund geänderter Bestimmungen hatte sich nach Fertigstellung der Planungsunterlagen für den Bau des o. g. Radweges ergeben, dass für alle Radwege entlang von Bundes- und Landesstraßen beim Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (MIL) ein Antrag auf Verzicht auf Planfeststellung gestellt werden muss. Hierzu durften alle Stellungnahmen Träger öffentlicher Belange nicht älter als 2 Jahre sein. Da dies bei dem o. g. Radweg nicht immer der Fall war, musste eine erneute Trägerbeteiligung eingeleitet werden, was zu zeitlichen Verzögerungen geführt hat. Mittlerweile konnten auch alle Grunderwerbsprobleme geklärt werden.

Der Landkreis Teltow-Fläming hat die für die Antragstellung benötigten Unterlagen am 14.10.2010 dem Landesbetrieb Straßenwesen mit der Bitte um Prüfung und Weiterleitung an das MIL übergeben. Am 09.03.2011 hat der Landesbetrieb Straßenwesen die Unterlagen für den Antrag auf Verzicht auf Planfeststellung beim MIL eingereicht. Eine Rückantwort vom MIL liegt bisher nicht vor. Sobald das MIL dem Verzicht auf Planfeststellung zugestimmt hat, wird mit der Vorbereitung und Durchführung des Ausschreibungsverfahrens begonnen.

Auf die Frage von Herrn **Baumecker**, ob von Seiten des Landkreises das Verfahren beim MIL beschleunigt werden könnte, erklärt Herr **Gärtner**, dass der Landkreis sich bemühen wird. Allerdings benötigt auch das anschließende Ausschreibungsverfahren einen gewissen Zeitrahmen.

TOP 5

Sachstand zum Ausbau der B 101n (DEGES)

Herr **Lindner** erteilt Herrn Siemund (DEGES¹) das Wort.

Herr **Siemund** stellt sich dem Ausschuss vor als Projektverantwortlicher Abteilungsleiter für den Bau der B 101, nördlich von Woltersdorf. Für den Teil südlich von Woltersdorf ist das Land selbst zuständig. Zu den Projekten im Einzelnen berichtet er Folgendes:

- *Abschnitt Trebbin – Luckenwalde Nord (VKE 1135)*

Dieser Abschnitt befindet sich bereits im Bau. Es gab 9 Monate Vergabeverzögerung, da es Diskrepanzen durch ein zu wertendes Nebenangebot gegeben hat. Eine unterlegene Bieterpartei hatte Einspruch erhoben. Aufgrund des Vergaberechtsschutzes konnte diese Maßnahme daher nicht vergeben werden. Mittlerweile ist sie vergeben. Die Baumaßnahmen haben dennoch sehr schleppend begonnen. Erhebliche Probleme bestehen immer noch bezüglich des Bauablaufes und der Einigung aufgrund der verspäteten Vergabe. Trotz alledem wurden mit der zuständigen Baufirma Termine festgeschrieben. Diese Termine sind der schriftlichen Erklärung der DEGES vom 25.03.2011 zu entnehmen, die allen Abgeordneten in der Sitzung am 05.04.2011 übergeben wurde.

Als genauen Termin für das III. Quartal 2011 benennt er den 11. August, ist sich aber ziemlich sicher, dass dieser Termin nicht zu halten ist. Als Bauendtermin im III. Quartal 2012 benennt er den 30.07.2012.

Für den langsam fahrenden Verkehr (Ersatzweg) stellt sich die Terminkette wie folgt dar:

- Vergabeunterlagen für den Ersatzweg entlang der Bahn werden derzeit erarbeitet
- Bauausführung ist im III. Quartal 2011 geplant
- Vorleistung, erforderliche Baumfällungen, wurden per 28.02.2011 vollendet
- Rodungsarbeiten sind per 15.03.2011 abgeschlossen

(Herr Ertl verlässt die Sitzung um 17:30 Uhr.)

Herr **Rex** erkundigt sich, ob auch die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen bis zum Bauendtermin abgeschlossen sein werden.

Herr **Siemund** teilt mit, dass der Gesamtfertigstellungstermin der VKE noch nicht benannt werden kann, da die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen noch nicht ausgeschrieben sind. In der Regel sind die Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen aber spätestens 2 Jahre nach der VKE abgeschlossen.

- *Abschnitt OU Thyrow (VKE 1133/1134)*

Beide VKE befinden sich im Planfeststellungsstadium und sollen später einmal als eine VKE gelten. Herr Siemund informiert im Weiteren über

Planfeststellungsbeschluss:

- VKE 1134 (nördlicher Teil der bereits vorhandenen Strecke ab Abfahrt Trebbin Nord) liegt mit Datum vom 07.02.2011 vor. Mit der Bestandskraft wird ab dem 09.05.2011 gerechnet.

¹ Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH (DEGES)

- VKE 1133 wird in 05/2011 erwartet

Ausführungsplanung:

- liegt vor (Stand 21.03.2011) und ist dem LS, NL Süd zur Einsicht übergeben
- Aufstellung der Ausschreibungsunterlagen ist seitens der DEGES in Arbeit, 1. Prüfung wird im Hause DEGES bereits durchgeführt
- Die Ausschreibung/Veröffentlichung ist für den 21.06.2011 geplant (ist abhängig vom Planfeststellungsbeschluss).

VOF-Verfahren:

- Bekanntmachung zur Vergabe der Bauoberleitung/BÜ-Leistungen ist erfolgt
- Bewerbungsfrist bis zum 06.06.2011
- Frist vorläufige Angebote bis 18.08.2011
- Auftragsgespräche bis 07.09.2011
- Frist endgültige Angebote bis 13.10.2011
- Vergabe zum 23.12.2011

Bauausführung:

- Hauptleistungen nach derzeitigem Planungsstand voraussichtlich von 03/2012 bis 12/2013
- Vorleistung Erkundung Bodendenkmal „Großbeuthen 10“ ist ab 06/2011 geplant.

Hinsichtlich der VKE 1133 möchte **Herr Rex** wissen, ob das Brückenbauwerk über die L 795 eine Verbreiterung für einen Radweg vorsieht und ob dies Bestandteil der Planfeststellung ist. Außerdem bittet er um Auskünfte zum sogenannten Fledermaustunnel.

Herr **Siemund** berichtet, dass der Fledermaustunnel so gestaltet ist, dass auch landwirtschaftliche Fahrzeuge dort durchfahren können. Ebenso bietet der Tunnel die Möglichkeit, Pferde hindurchzuführen. Aus Sicherheitsgründen müssen Reiter allerdings absteigen.

Zum Brückenbauwerk über die L 795 teilt Herr Siemund mit, dass der DEGES die Planung mit einem Radweg vorliegt, da dies der ursprüngliche Planungsauftrag war. Im jetzigen Planfeststellungsbeschluss ist die Maßnahme allerdings ohne einen Radweg drin. Das Go für den Radweg müsste bis spätestens August diesen Jahres vorliegen, damit die Plangenehmigung noch rechtzeitig beantragt werden kann, ohne andere vertragliche Fristen hinsichtlich der Ausführung zu gefährden.

Herr **Gärtner** berichtet, dass er mit dem MIL eng in Kontakt steht und die DEGES bis August das Go sicher bekommen wird.

Herr Gärtner bedankt sich bei Herrn Siemund für sein heutiges Erscheinen und hofft, dass er in einem halben oder dreiviertel Jahr erneut hier berichtet wird, wozu sich Herr Siemund gern bereit erklärt. Für die Zukunft einigen sich beide auf eine enge Zusammenarbeit und einen „kurzen Draht“.

TOP 6

30-Punkte-Plan des Landkreises Teltow-Fläming

Aufgrund der kurzfristigen Erkrankung von Herrn Habermann und Frau Köppen, einigt sich der Ausschuss darauf, die Beratung zum 30-Punkte-Plan auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Herr **Gärtner** stellt dem Ausschuss den Fluglärmschutzbeauftragten, Herrn Patrick Strogies vor. Er bittet ihn um einige Worte zu seiner Person.

Herr **Strogies** berichtet über seine Person, seinen beruflichen Werdegang und über die zukünftig zu bewältigenden Aufgaben. Die Zeit bis zur Eröffnung des Flughafen BBI möchte er nutzen, sich ausführlich in dieses Thema einzuarbeiten. Seiner neuen Tätigkeit sieht er mit Freude und Elan entgegen.

Herr **Lindner** wünscht ihm für seine Tätigkeit viel Erfolg und hofft, dass er diesem Ausschuss auch zukünftig von Zeit zu Zeit und nach Bedarf berichtet.

Herr **Gärtner** betont ebenfalls, wie wichtig es ist, sich jetzt gemeinsam gut auf den Juni 2012 vorzubereiten.

Des Weiteren berichtet Herr Gärtner über seinen morgigen Interviewtermin mit der MAZ. Er will sich dort äußern, weil er der Auffassung ist, dass die FLK in dieser Zusammensetzung einfach arbeitsunfähig ist. Außerdem wurde er seitens der drei Gemeinden gebeten, die er in der FLK vertritt, sich an die Genehmigungsbehörde zu wenden, mit dem Ziel, die FLK auf das gesetzlich vorgesehene Maß wieder zu reduzieren. Mittlerweile würden sogar die Stadt Trebbin und Zossen die Kriterien erfüllen, die sich das Ministerium bei der Berufung der vielen Mitglieder in die Kommission gesetzt hat. Andererseits sitzen jetzt einige in der Kommission, die überhaupt nicht mehr in die Kriterien hineinpassen.

Herr **Rex** erinnert an seine Anfrage in der letzten Sitzung an Herrn Gärtner und Herrn Habermann, ob ihrerseits die Beschlüsse der außerordentlichen Sitzung der FLK beanstandet wurden.

Herr **Gärtner** schildert erneut den Werdegang (siehe Protokoll der Sitzung vom 05.04.2011). Er informiert, dass niemand diese Beschlüsse beanstandet hat und es wahrscheinlich auch nichts bringen würde. Eine erneute formal korrekte Beschlussfassung würde die gleichen Mehrheitsverhältnisse hervorbringen. Er gibt Herrn Rex Recht, dass man das beanstanden kann, das Ergebnis bleibt aber gleich. Lohnenswerte Aktionen sind vielleicht eher die, die FLK wieder auf ein Maß zu bringen, wo wirklich nur die Mitglieder sind, die auch richtig unmittelbar betroffen sind, z. B. Blankenfelde-Mahlow, auch Ludwigsfelde. Die Gemeinden, die er in der FLK vertritt, sind der Meinung, selbst wenn sie nicht Mitglied sind, ist es ihnen noch allemal lieber, dass wenige Leute gemeinsam darüber entscheiden als dass Viele, die Stimmrecht haben, aber gar nicht betroffen sind, das Schicksal dieser Gemeinden mitgestalten. Er findet es eine Katastrophe, den Menschen in Blankenfelde-Mahlow, die schon die Anflüge auf beiden Bahnen ertragen müssen, auch noch den Abflug von der Nordbahn zuzumuten, obwohl die FLK am Anfang den Beschluss gefasst hat, es soll keine Doppelbelastung stattfinden. Allerdings ist er einer von 6, von insgesamt 39 Mitgliedern der FLK, die das so sehen.

Herr **Rex** merkt an, dass man die Wahl in Berlin abwarten sollte. Seiner Meinung nach sieht die Situation danach eventuell anders aus.

TOP 7

Gebäude im Landkreis Teltow-Fläming, von denen eine Gefahr ausgeht

Herr **Gärtner** schildert einleitend, dass den Mitgliedern des AfRB am 05.04.2011 eine Liste ausgeteilt wurde, die alle Gebäude im Landkreis Teltow-Fläming enthält, von denen eine Gefahr ausgeht. In der heutigen Sitzung soll diese Thematik durch einen Vortrag der unteren Bauaufsichts- und Denkmalschutzbehörde näher erläutert werden. Er bittet Herrn Heine und Herrn Koppehele um den Vortrag.

Herr **Heine** erläutert anhand einer Präsentation die Zuständigkeit, Rechtsgrundlagen, Rechtsbegriffe (insbesondere den Gefahrenbegriff, deren Unterscheidung in abstrakte und konkrete Gefahr und die damit verbundenen Möglichkeiten zum Einschreiten der Behörde) und gibt Beispiele aus der Praxis.

Der Vortrag wird von Herrn **Rex** unterbrochen, der darum bittet, die ausgeteilte Liste zu behandeln.

Herr **Lindner** äußert sein Verständnis für diese Reaktion und bittet Herrn Heine seinen Vortrag etwas kürzer zu fassen.

Sein Ansatz war, berichtet Herr **Heine**, die Gefahrenabwehrproblematik anhand einzelner Beispiele und zum allgemeinen Verständnis hier näher zu bringen. Die Liste enthält Vorgänge, an denen in den letzten Jahren und auch jetzt noch gearbeitet wird. Diese sind im Einzelfall sehr detailliert.

Herr Heine fährt mit seinem Vortrag fort und schildert, insbesondere am Beispiel Haag 12 in Luckenwalde, welche Maßnahmen seitens der Behörde eingeleitet werden können bzw. müssen, um eine konkrete Gefahr abzuwehren. Der Fall Haag 12 gestaltet sich besonders schwierig, da sich der Eigentümer seinen Pflichten gänzlich entzieht und das Gebäude einen zusätzlichen Rechtskreis erschließt, nämlich den des Denkmalschutzes. Um in diesem Fall die konkrete Gefahr zu beseitigen, kommt daher nur eine Sicherung des Gebäudes mit einem Stahlskelett (Kosten ca. 240.000 €) oder ein Teilabriss in Frage. Ein Komplettabriss des Gebäudes würde momentan 195.000 € kosten. Die Abbruchanordnung eines Denkmals ist aber nur dann vollziehbar, wenn der Erhalt des Denkmals für den Eigentümer unzumutbar wäre. Die Unzumutbarkeit ist wiederum nachzuweisen. Aufgrund der vorgenannten Eigentümerproblematik gestaltet sich dies aber schwierig.

Herr Heine berichtet über 51.190 katastermäßig erfasste Gebäude im Landkreis Teltow-Fläming, wobei noch von einer höheren Anzahl auszugehen ist. Für die Behörde ist es flächendeckend daher nicht möglich, alle Gebäude rund um die Uhr im Auge zu behalten und ist daher auf die Mitarbeit der Kommunen und einzelnen Bürger angewiesen. Bei den Gebäuden, von denen eine Gefahr ausgeht, nimmt die Anzahl der Verfahren von Nord nach Süd zu. Er begründet dies aufgrund der wirtschaftlichen Lage und Demografie im Landkreis.

(Frau Krüger verlässt die Sitzung um 18:38 Uhr.)

Auf die Nachfrage von Herrn **Barthel**, was unter dem Begriff Prüfgruppe zu verstehen ist, erklärt Herr **Heine**, dass es sich dabei um eine verwaltungsinterne regionale Aufteilung des Sachgebietes der technischen Bauaufsicht handelt, bezogen auf das Territorium des Landkreis Teltow-Fläming. Insgesamt gibt es 4 Prüfgruppen, eine davon ist z. B. für den Bereich Blankenfelde-Mahlow zuständig.

Herr **Barthel** vermisst in der vorliegenden Liste Angaben, über welchen Zeitraum die Gefahrenbeseitigung erfolgt und wie viel Zeit durchschnittlich von der Verfügung bis zur Ersatzvornahme vergeht.

Herr **Heine** berichtet, dass diese Liste eigens für diesen Ausschuss erstellt wurde. Von Amts wegen wird keine Statistik über diese Gebäude geführt. Er informiert, dass sich die Bearbeitungszeit der Vorgänge unterschiedlich gestaltet und z. B. von der jeweiligen Rechtslage, den damit verbundenen Fristen und auch vom Eigentümer abhängig ist. In der Regel sind es 6 – 10 Wochen. Allerdings gibt es auch Vorgänge, die die Verwaltung über Monate und teilweise Jahre beschäftigen.

Herr **Lindner** erkundigt sich zum Beispiel Haag 12 in Luckenwalde, was passieren muss, damit dieses Gebäude, was als Denkmal deklariert ist, abgerissen werden kann.

Herr **Gärtner** berichtet, dass es dazu ein Gutachten aus dem Jahr 2009 gibt, wonach eine Möglichkeit gesehen wird, dieses Gebäude in seinem jetzigen Zustand zu erhalten. Da der Eigentümer ständig wechselt und seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, muss der Landkreis im Wege der Ersatzvornahme handeln. Herr Gärtner informiert über einen gemeinsamen Termin am 18. Mai 2011 mit der Bürgermeisterin von Luckenwalde, Frau Herzog von der Heide und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum. Der einstige Denkmalwert des Gebäudes muss von den Fachleuten im Landesamt bewertet werden. Das bauaufsichtliche Verfahren kann also erst angewendet werden, wenn dieses Gebäude keinen Denkmalstatus mehr besitzt. Persönlich sieht Herr Gärtner es kritisch, wenn Steuergelder in diesen Höhen nur für die Erhaltung eines Denkmals aufgewendet werden müssen. Er kann sich auch nicht vorstellen, dass sich für dieses baufällige Gebäude Investoren finden lassen. Über das Ergebnis des Termins am 18. Mai 2011 will er zu einem späteren Zeitpunkt berichten. Herr Gärtner bemerkt abschließend, dass ihm aber kein anderes Gebäude bekannt ist, bei dem für den Landkreis solche finanziellen Aufwendungen drohen.

Besonders ärgerlich findet er es aber, dass das Land als Eigentümer von vielen wichtigen und historischen Gebäuden ebenfalls seinen Verpflichtungen nicht immer nachkommt und diese Denkmale zu verfallen drohen. Seitens der unteren Denkmalschutzbehörde wurden die Ministerien angeschrieben und darauf hingewiesen, bisher passierte aber nichts. Es fehlen die Gelder, um die Sicherung der Gebäude zu gewährleisten.

(Herr Dr. Stirnal verlässt den Beratungsraum, 18:53 Uhr.)

In Anbetracht der vorausgegangenen Berichterstattung äußert Herr **Baumecker** sein Unverständnis, dass die Transferaufwendungen/-auszahlungen im Bereich des Denkmalschutzes in diesem Jahr um mehr als 90 % gekürzt wurden. Im letzten Jahr standen noch 50.000,- € zur Verfügung, jetzt nur noch 3.000,- €. Er kritisiert Kürzungen in diesen Bereichen und diesem Maß.

Herr **Gärtner** berichtet, dass der Ausschuss seinerzeit gefordert hat, dass 100.000 € in den Haushalt eingestellt werden. Seit einigen Jahren wurde dieser Ansatz auf 50.000 € reduziert. Diese Gelder dienen der Unterstützung von Baumaßnahmen an Denkmälern. Über diese enorme Kürzung ist er ebenfalls verwundert, seine Festlegung war wenigstens 20.000 €. Tatsache ist aber auch, so Herr Gärtner, dass hier Geld ausgegeben wird, was wir als Landkreis nicht haben. Das sind freiwillige Aufgaben, die der Landkreis erbringt.

Herr **Lindner** empfiehlt, diese Problematik in der nächsten Haushaltssitzung zu diskutieren.

Herr **Rex** erkundigt sich nach der weiteren Verfahrensweise. Er kritisiert, dass er heute nichts über die einzelnen Maßnahmen erfahren hat.

Herr **Gärtner** macht in seinen Ausführungen deutlich, dass seitens der Verwaltung dem Wunsch nach Information über das Gesamtvolumen solcher Gebäude und der damit verbundene Verfahrensweise ausreichend nachgekommen wurde. Die Verwaltung wird die Vorgänge weiter behördlich abarbeiten. Herr Gärtner erkundigt sich nach weiteren Vorstellungen der Ausschussmitglieder.

Herr **Rex** regt an, sich mit den Denkmalschützern zu unterhalten, welche Möglichkeiten überhaupt noch bestehen. Außerdem stellt er sich die Frage, ob wir uns diese ganzen Baudenkmäler überhaupt leisten können.

Herr **Gärtner** weist darauf hin, dass nicht alle aufgeführten Gebäude in dieser Liste Denkmale sind. Es gibt zwei Problemkreise, die nicht miteinander vermischt werden dürfen. Zum einen sind das ganz normale Gebäude, von denen eine Gefahr ausgeht, die kein Denkmal sind und zum anderen Denkmale. Die bauaufsichtlichen Angelegenheiten werden

so bearbeitet, wie Herr Heine es in seinem Vortrag darlegte. Die Frage, ob wir uns Baudenkmäler leisten können, stellt sich nicht. Die Baudenkmäler haben Eigentümer und diese müssen ihren Verpflichtungen nachkommen. Die öffentliche Hand ist damit nicht belastet. Zum Problem werden Denkmale nur dann, wenn der Eigentümer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt.

(Herr Dr. Stirnal betritt den Beratungsraum, 18:58 Uhr).

Auf die Aussage von Herrn **Rex**, dass ihn nur die Denkmale interessieren, bemerkt Herr **Gärtner**, dass ein Überblick über die Gesamtsituation gewünscht war. Die Liste wurde deshalb deutlich sichtbar in beide Problemkreise unterteilt.

Frau **Löning** erkundigt sich, wie und in welchem Umfang die 50.000 € bisher ausgegeben wurden. Des Weiteren fragt sie, wie aus diesen Mitteln auch noch die kreiseigenen Baudenkmäler finanziert werden können.

Herr **Gärtner** erläutert, dass es sich bei den 50.000 € um Zuschüsse handelt, die auf Antrag an die Eigentümer zur Erhaltung und Instandsetzung ihres Denkmals ausgereicht werden. In der Regel sind das keine großen Beträge. Dennoch bewirken diese Zuschüsse eine Unterstützung des Mittelstandes und kleinerer Betriebe. Die 50.000 € dienen nicht der Finanzierung kreiseigener Gebäude, die ein Denkmal sind oder von Gebäuden, von denen eine Gefahr ausgeht. Diese werden aus anderen Produkten und Konten finanziert.

Frau **Mohr de Pérez** informiert, dass im letzten Jahr der gesamte Ansatz von 50.000 € ausgegeben wurde und ca. 14 Projekte davon gefördert werden konnten. Das Konto Zuschüsse Denkmalpflege wurde in diesem Jahr auf 0 gesetzt.

Herr **Weiber** ergänzt, dass die kreiseigenen Gebäude, welche Denkmale sind (z. B. Goethe-Schiller-Gymnasium Jüterbog), in Abstimmung mit der unteren Denkmalschutzbehörde entsprechend erhalten werden oder Investitionen getätigt werden. Die dafür erforderlichen Haushaltsmittel kommen aber nicht aus dem Produkt Denkmalschutz und –förderung.

TOP 8 **Sonstiges**

Herr **Rex** möchte von Herrn Gärtner den aktuellen Sachstand zum fehlenden Stück Radweg entlang der Kreisstraße innerhalb der Ortslage von Klein Kienitz erfahren. Anlieger wendeten sich diesbezüglich an ihn. Der Radweg sollte in diesem oder nächsten Jahr realisiert werden.

Herr **Gärtner** berichtet, dass dieses fehlende Stück Radweg seinerzeit als der Kreis für den Radweg Fördermittel zur Verfügung hatte nicht gebaut werden konnte, weil ein Eigentümer sich gegen den Bau des Radweges vor seinem Grundstück geweigert hatte. Mittlerweile hat dieser Eigentümer nach vielen Jahren seine Zustimmung gegeben. Allerdings bezweifelt Herr Gärtner die Notwendigkeit des Bauvorhabens, u. a. auch, da der Kreis diese Baumaßnahme nun selbst finanzieren muss.

Herr **Weiber** ergänzt, dass der Vertrag mit dem Eigentümer abgeschlossen ist und das Bauamt die entsprechenden Mittel im nächsten Jahr in den Haushalt einstellen wird. Die Notwendigkeit des Bauvorhabens ist auch aus seiner Sicht noch zu diskutieren. Die Maßnahme wird den Kreis ca. 30.000 bis 35.000 € kosten. Mit der Summe ist es möglich, eine beschränkte Ausschreibung zu machen. Wenn die Genehmigung des Haushaltes im

August/September nächsten Jahres vorliegt, könnte die Baumaßnahme noch im selben Jahr ausgeführt werden.

Herr **Lindner** stellt den Ausschluss der Öffentlichkeit fest.

Nichtöffentlicher Teil

Herr Lindner bedankt sich bei allen Anwesenden für die konstruktive Mitarbeit und schließt die Sitzung um 19:27 Uhr.

Datum: 21.06.11

Lindner
Stellv. Vorsitzender

Teubner
Schriftführerin